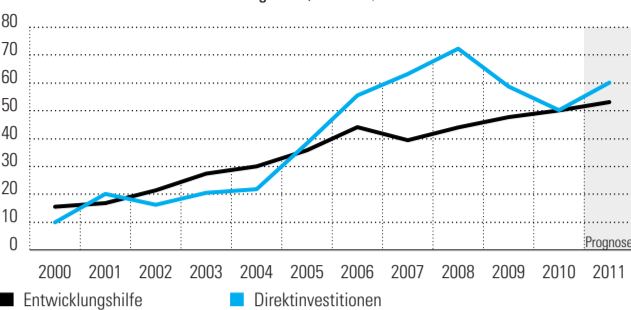


Geldflüsse nach Afrika

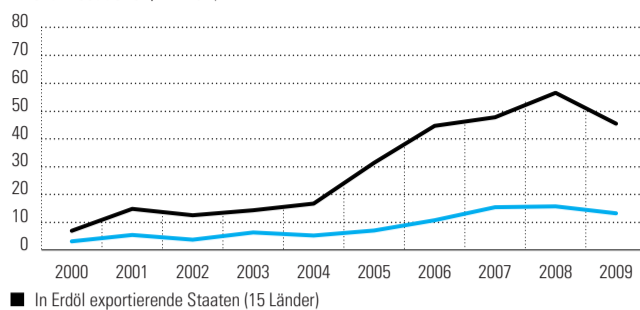
Direktinvestitionen und Entwicklungshilfe, in Mrd. \$



■ Entwicklungshilfe ■ Direktinvestitionen

QUELLE: UNCTAD, OECD

Direktinvestitionen, in Mrd. \$



■ In Erdöl exportierende Staaten (15 Länder) ■ In nicht Erdöl exportierende Staaten (36 Länder)

NZZ-INFOGRAFIK/ef.

Partner statt Rohstofflieferant

Bric-Staaten werden gemäss OECD zu wichtigen Akteuren in Afrika

Die Wirren in Nordafrika bremsen gemäss einer OECD-Studie die Entwicklung des ganzen Kontinents. Aber afrikanische Länder sind zunehmend Teil der verflochtenen Weltwirtschaft geworden. Dabei spielen Schwellenländer eine neue Rolle.

Manfred Rist, Paris

Die politischen Umwälzungen in Nordafrika, namentlich in Tunesien, Ägypten und Libyen, haben Auswirkungen auf den gesamten Schwarzen Kontinent und dürften wesentlich dazu beitragen, dass sich das Wirtschaftswachstum, das im vergangenen Jahr 4,9% erreicht hatte, 2011 auf rund 3,7% abschwächen wird. Doch zwischen Kairo, Casablanca und Kapstadt sind weitere wichtige Veränderungen im Gang, die gemäss einer umfassenden Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ökonomisch verheissungsvoll sind.

Boom bei Rohstoffen

Zunehmend, so heisst es, treten als neue Partnerstaaten Schwellenländer wie Indien, China, Korea, die Türkei und Brasilien auf, und dies nicht nur wegen Rohstoffen. Immer mehr Stimmen in Afrika nennen nämlich diese Länder als vertrauenswürdige Investoren für Infrastrukturprojekte, Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe, darunter als Quelle für billige Medikamente. Afrika, so resümieren die Autoren diesen Trend, verfüge damit erstmals über alternative Wirtschaftspartner aus dem

Westen, dem Osten und dem Süden. Das Gesamtbild eines Erdteils, der über 50 Staaten umfasst, muss zwangsläufig vielfarbig ausfallen, doch einige Grundtendenzen lassen sich festhalten.

Dazu gehört, dass sich die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den vergangenen zehn Jahren mehr als sechsfach haben, was dem Kontinent seit Beginn des letzten Jahrzehnts, als er mit einem Brosamenanteil von 0,7% noch als «verloren» galt, bis 2010 einen FDI-Anteil von nunmehr 4,5% beschert hat. Ausschlaggebend dafür sind natürlich die gestiegenen Rohstoffpreise bzw. die dadurch ausgelösten Investitionen. Doch ebenso – was im Bericht positiv hervorgehoben wird – eine Wende zu grösserer politischer Stabilität und grösseren wirtschaftlichen Freiheiten in einigen Ländern, mit chronischen Ausnahmen wie Côte d'Ivoire oder Somalia.

Libyen fällt als Investor aus

Viele dieser Engagements – nämlich drei Viertel zwischen 2000 und 2009 – entfallen, wie der Grafik zu entnehmen ist, auf erdölexportierende Länder. Sie kommen zu einem grossen Teil namentlich aus Frankreich, Grossbritannien und den USA, was andeutet, wie ungleich das Interesse nach wie vor ist. Aber zu den Branchen mit wachsender Bedeutung gehört auch die Telekommunikation. Und eine steigende Bedeutung hätten, so der Bericht, Direktinvestitionen aus afrikanischen Ländern, vorab aus Südafrika, Marokko, Ägypten, Libyen und Tunesien. Letzteres, sowie der Ausfall von Rimessen aus den zerrissenen Ländern, erkläre die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen, die von den Revolutionen bzw. dem Krieg im

Norden des Kontinents ausgehen. Doch die Berichtersteller zeigen sich insgesamt zuversichtlich: Schon für 2012 erwartet man eine Wachstumsrate, die das wahre Potenzial des Kontinents besser reflektiert, nämlich 5,8%.

In diesem Zusammenhang geben die Autoren der Hoffnung Ausdruck, dass sowohl diverse Liberalisierungsschritte als auch Ansätze zur regionalen Integration weiterentwickelt werden. Schliesslich verdiene der Landwirtschaftssektor Beachtung. Afrika, wo gemäss Schätzungen heute 60% der weltweit noch ungenutzten Anbauflächen liegen, könne bei entsprechend vorteilhaften regulatorischen Rahmenbedingungen zu einem wichtigen Nahrungsmittelproduzenten aufsteigen.

Noch kein neues Asien

Das neue Asien ist Afrika damit noch lange nicht. So gelten die weitverbreitete Korruption und die Unterentwicklung im Bereich «Human Capital» als Hindernisse für eine bessere Entfaltung der Wirtschaftskräfte, Letzteres auch als Folge der nach wie vor verbreiteten Armut. Ferner fällt ins Gewicht, dass von den Hauptquellen des Wachstums, nämlich dem Rohstoffsektor, wenig Initialzündungen für andere Wirtschaftszweige ausgehen, womit Wohlstands- und Bildungseffekte für breite Schichten ausbleiben.

Dennoch wird in dem Bericht auf ermutigende Tendenzen verwiesen, etwa markante Fortschritte (von tiefem Niveau) des Human-Development-Indexes (HDI) oder die Tatsache, dass viele Länder die Einnahmen aus Rohstoffexporten produktiv und zur Armutslinderung bzw. zur Stärkung der Konsumnachfrage einsetzen.

HERAUSGEGRIFFEN

Trichet hält der Euro-Zone den Spiegel vor – und keiner schaut rein

Ht. Brüssel · «Wäre es zu kühn, sich eine Union vorzustellen, die nicht nur einen gemeinsamen Markt, eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank hat, sondern auch ein gemeinsames Finanzministerium?»: Was Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, mit diesen Worten in seiner Aachener Rede vorgeschlagen hat (NZZ 3. 6. 11), ist einer der kühnsten Vorschläge seit Beginn der Schuldenkrise im Euro-Raum. Doch wer nun eine leidenschaftliche Debatte erwartet hätte, sieht sich getäuscht. In Deutschland gab es einige ebenso kühle wie müde Distanzierungen, in angelsächsischen Medien gar wohlwollende Kommentare, vielerorts blieb es still.

Natürlich löst der Vorschlag nicht die akute Krise. Trichet selbst sieht seine «Konföderation souveräner Staaten» mit einem solchen Finanzministerium als längerfristige Perspektive, die eine Änderung des EU-Vertrags erfordern würde. Auch widerspricht eine derartige Übertragung von Kompetenzen von der nationalen auf die EU-Ebene der derzeitigen politischen Stimmung. Doch der EZB-Chef trifft die Achillesferse der Währungsunion. Diese kombiniert eine gemeinsame Geldpolitik mit 17 nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitiken. Dieses Modell ist in der bisherigen Form gescheitert, weil der Stabilitätspakt mit seinen Leitplanken für die nationale Finanzpolitik nicht alle Euro-Staaten zu disziplinieren vermochte. Einige Länder lebten als Trittbrettfahrer der Preisstabilität derart lange über ihre Verhältnisse, dass sie nun Hilfe brauchen. Ein solcher Missbrauch nationaler Souveränität aber wird in einer Währungsunion zur Gefahr für alle.

Als Lehre daraus wird derzeit der Stabilitätspakt gestärkt und mit zusätzlichen Kooperations- und Überwachungs-Elementen (Wettbewerbsfähigkeit) aufgepeppt. Ob dies reicht, wird vielleicht erst die nächste Krise zeigen. Wer erlebt hat, wie schnoddrig viele Euro-Staaten den Pakt bisher behandelt haben, hegt Zweifel. Falls aber der «Stabilitätspakt II» nicht funktionieren sollte

und man trotzdem an der Währungsunion festhalten will (wozu die Politik derzeit entschlossen ist), gibt es wohl nur noch einen Weg: einen grossen Schritt hin zur Stärkung der europäischen Ebene auch im Finanzbereich.

Hierzu hat Trichet nun einen Denkanstoss geliefert. Er sagte unter anderem, ein europäisches Finanzministerium sollte nicht unbedingt ein grosses europäisches Budget verwalten. Direkte Zuständigkeiten haben sollte das Ministerium laut Trichet in wenigstens drei Bereichen: Erstens soll es die Haushaltspolitik und die Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten überwachen und bei Staaten, die finanziell unterstützt werden, aber die Sanierungsauflagen verletzen, erst in einer zweiten Phase Rechte zum Durchgriff auf die Wirtschaftspolitik erhalten. Zweitens hätte es die Zuständigkeiten eines Finanzministeriums in Bezug auf den integrierten Banken- und Finanzsektor, und drittens würde es die Währungsunion in internationalen Finanzinstitutionen vertreten.

Mit alledem reagiert Trichet darauf, dass die Disziplinierung der Defizitsünder durch potenzielle Sünder (übrige Euro-Staaten) nicht funktioniert hat, die Interdependenz der Banken im Euro-Raum unterschätzt wurde, die Euro-Zone sich durch ihren vielstimmigen internationalen Auftritt selbst marginalisiert und das derzeitige Krisenmanagement «im Nebenamt» durch die Euro-Finanzminister und ihren Chef Juncker ein dilettantisches Sichdurchwursteln ist. Natürlich wirft auch Trichets Vision viele Fragen auf. Wie steht es zum Beispiel mit der demokratischen Legitimation eines solchen Ministeriums, und wie kann es auf jene Funktionen beschränkt werden, bei denen die europäische Ebene Mehrwert bringt? Solche Punkte wären eingehend zu prüfen, will man nicht mehr Probleme schaffen als lösen. Doch eine Diskussion wären sie wert. Wem Trichets Vorschlag hingegen zu weit geht, der muss dafür sorgen, dass der «Stabilitätspakt II» zum Erfolg wird. Blosses Ignorieren bringt die Schwächen der Währungsunion nicht zum Verschwinden.

Ägypten kippt Dividendensteuer

Für den IMF gehen Ausgaben vor Einnahmen

bet. · Ägypten macht bei der Sanierung seiner Staatsfinanzen Abstriche. Wie der Präsident der ägyptischen Börse am Montag mitteilte, sollen kotierte Unternehmen nicht mit einer Dividendensteuer belastet werden. Darauf habe sich die Börse mit der Übergangsregierung geeinigt. Diese hatte erst am Mittwoch verschiedene Steuererhöhungen beschlossen, darunter die Einführung einer Steuer auf Kapitalerträge in Höhe von 10%. Die Erhöhung der Staatseinnahmen ist eigentlich Bestandteil der Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF) über ein Beistandsdarlehen von bis zu 3 Mrd. \$, das ab Juli und für zwölf Monate gewährt werden soll, wie am Sonntag bekannt wurde (vgl. NZZ vom 6. 6. 11). Der Kredit kommt rechtzeitig für das neue Haushaltsjahr. Ägypten will mit der Erhöhung von

Transfers, Subventionen und öffentlichen Gehältern den sozialen Frieden in der von Revolutionswirren geschüttelten Gesellschaft sichern. Höhere Einnahmen sollen dazu beitragen, die Wohltaten zu finanzieren. Doch auch der IMF definiert die Stärkung der «sozialen Gerechtigkeit» als oberstes Ziel und gibt deshalb an, dass Steuerreformen (geplant sind unter anderem eine höhere Progression sowie eine Transformation der Mehrwertsteuer) nicht sofort erfolgen sollten. Das Zurückbuchstabieren bei der Dividendensteuer ist allerdings nicht den alltäglichen Nöten der Ägypter geschuldet, sondern der Sorge über die Abschreckung von Investoren. Laut dem Börsen-Chef würden die Einnahmen von umgerechnet bis zu 84 Mio. \$ die Nachteile einer zu erwartenden Kapitalflucht nicht aufwiegen.

20 Prozent Solarenergie bis 2050 in der Schweiz

Hoffnungsvolles Szenario des Verbandes Swis cleantech

hus. · «Die Wirtschaft» ist kein Monolith. Was der Wirtschaftsdachverband Economieuisse sagt, unterschreiben oft nicht alle Firmen. Das gilt auch für die Energiepolitik, in der Economieuisse den Entscheid des Bundesrates zum Ausstieg aus der Kernkraft mit grosser Skepsis kommentiert hat. Aufwind verspüren dagegen Anbieter von erneuerbaren Energien, von Energiesparprojekten und Umweltberatern.

Manche dieser Anbieter sind im Verband Swis cleantech vereint. Der Verband mit derzeit gut 200 Mitgliedern hat am Montag vor den Medien in Bern seine Energiestrategie präsentiert und dabei wiederholt betont, dass er «marktwirtschaftliche Lösungen» und «keine Subventionen» wolle. Gemäss dem Verband ist nicht nur der Ausstieg aus der Kernkraft nach bundesrätlichem Fahrplan, sondern auch die massive Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ohne grosse Schmerzen möglich. Das Hauptszenario des Verbands unterstellt eine Halbierung des gesamten Energieverbrauchs in der Schweiz bis 2050 auf der Basis massiver Effizienzsteigerungen. Stark steigende Anteile an der Gesamtenergieproduktion sollen dabei vor allem der Wasserkraft (von 14 auf 28%) und der Sonnenenergie (von fast 0 auf 20%) und Wärmeverbundsnetzen (von knapp

2 auf 10%) zufallen. Der Anteil der fossilen Energieträger soll dagegen von 70% auf 20% schrumpfen.

Auf Knopfdruck passieren solche Veränderungen nicht. Ein Kernpostulat von Swis cleantech und seinem Präsidenten Nick Beglinger heisst «Vollkostenrechnung». Das klingt im Prinzip sehr vernünftig und bedeutet, dass alle Energieträger ihre vollen Kosten (das heisst einschliesslich externer Kosten wie etwa Luftverschmutzung) tragen sollen. Die Bezifferung dieser Kosten ist allerdings exakt kaum möglich, weshalb Politik mindestens so stark hineinspielt wie Ökonomie. Vorübergehend (das heisst bis zu einer ökologischen Steuerreform) gäbe sich Swis cleantech zufrieden mit einem Kostenzuschlag von 5 Rp. pro Kilowattstunde für die Kernkraft, von 1 Rp. für die Wasserkraft und mit der beschlossenen CO₂-Abgabe bei den fossilen Energieträgern.

Das Geld aus den vorgeschlagenen Kostenzuschlägen (geschätzt 1 bis 1,5 Mrd. Fr. pro Jahr) soll unter anderem für den Ausbau der kostendeckenden Einspeisevergütung und für die Forschung verwendet werden – was sich nicht als Absage an Subventionen werten lässt. Einen Subventionsgeruch tragen auch Forderungen wie die «konsequenter Förderung von Gebäudesanierungen» und die «Finanzierung zum

Einstieg in das Cleantech-Energiezeitalter». Der Verband rechnet mit einem Strompreisanstieg von 25 bis 30% durch die Aufschläge. Längerfristig könnte das laut empirischen Studien die Nachfrage um etwa 15 bis 30% drücken. Ob dies zusammen mit den erhofften Effizienzsteigerungen reicht, um den Energieverbrauch bis 2050 trotz weiter wachsender Bevölkerung und Wirtschaft zu halbieren, ist eine grosse Frage.

Wirtschaftsvertreter befürchten zudem Stellenverlagerungen in energieintensiven Branchen ins Ausland – was dem Inland schade, dem Klima aber nichts nütze. Auch Swis cleantech votiert daher für Erleichterungen zugunsten solcher Branchen (z. B. Chemie, Papier, Zement und Metallverarbeitung). Ein Aushängeschild des Verbands ist die Chamer Pavatex-Gruppe. Sie würde zwar mit ihren Angeboten für energieeffiziente Gebäudehüllen auch von einem Energiesparboom profitieren, hat aber laut Firmenchef Martin Brettenhaler mit einem Energiekostenanteil von über 10% des Umsatzes auch ein starkes Interesse an tiefen Energiepreisen. Immerhin gibt sich die Pavatex flexibel: Sie ist auch Mitglied der Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen, die sich im Unterschied zu Swis cleantech gegen «politische Schnellschüsse» starkmacht.

Griechenland verkauft OTE-Teil

Deutsche Telekom erwirbt 10-Prozent-Anteil für 400 Millionen Euro

cae. Frankfurt · Die griechische Regierung hat die Deutsche Telekom am Montag darüber informiert, dass sie im Rahmen des im Jahr 2008 vereinbarten Abkommens weitere 10% der griechischen Telefongesellschaft OTE an die Telekom verkaufen wird. Nach Ausübung des Puts wird die Deutsche Telekom 40% plus eine Stimme an OTE halten, der griechische Staat noch 10% plus eine Stimme.

Der Kaufpreis wurde aufgrund des durchschnittlichen Börsenkurses der OTE-Aktien der vergangenen 20 Han-

delstage zuzüglich eines Aufschlags von 15% berechnet. Somit liegt der Kaufpreis bei rund 400 Mio. €. Die Vereinbarung von 2008 sieht keine weiteren Verkaufrechte Griechenlands mehr vor, jedoch ein Vorkaufsrecht der Deutschen Telekom auf die restlichen Anteile im Besitz des griechischen Staates. Die Ausübung des Puts ist ein kleiner Schritt der griechischen Regierung, Staatsbesitz zu privatisieren, um die Löcher im Staatshaushalt zu stopfen und dadurch die Auflagen für die Hilfskredite von EU und IMF zu erfüllen.